

CDU stellt Aufwertung der Homo-Ehe in Aussicht

Damit steht eine der letzten konservativen Überzeugungen der Partei zur Debatte – CSU bremst

Von Christoph Slangen

BERLIN - Die CDU bereitet einen Kurswechsel hin zur Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit der Ehe auch im Steuerrecht vor. Nach dem Karlsruher Urteil vom Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare soll einer erneuten Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht dadurch offenbar vorgebeugt werden. Man werde nach dem Urteil „auch prüfen, ob bei der Umsetzung auch steuerrechtliche Konsequenzen zu ziehen sind“, kündigte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) an.

Für die Union wäre es eine erneute Wende und der Abschied von alten Vorstellungen: Die steuerliche Privilegierung der Ehe gehört für viele Konservative zum „Tafelsilber“ der Union. Eine steuerliche Gleichstellung, die CDU-Mitglieder zuletzt auf dem Bundesparteitag vor nicht einmal drei Monaten erstreiten wollten, war damals von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt worden.

Der Koalitionspartner FDP tritt zwar längst für die Gleichstellung



Gleichgeschlechtliche Lebenspartner könnten steuerrechtlich mit Eheleuten gleichgestellt werden.

FOTO: DAPD

ein, aber in den Unionsreihen gibt es Widerstand. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß vom konservativen Berliner Kreis der Partei warnt: „Wenn wir unsere letzten Stammwähler verlieren wollen, müssen wir mit dieser Debatte nur so weitermachen.“ CSU-Chef Horst Seehofer wendet sich gegen ein

„Schnellverfahren“, legt sich jedoch in der Sache nicht eindeutig fest. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sieht keinen Anlass für „einen Schnellschuss oder gar eine Kehrtwende bei der Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft“.

Doch ist die Sorge offenbar groß, dass die Regierung erneut als Getriebene dastehen könnte, die erst von den höchsten Richtern auf Kurs gebracht werden muss: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, hatte angekündigt, noch vor der Sommerpause wolle das Gericht über die steuerliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften urteilen. Nun prüft die Koalition verschiedene Modelle. Das steuerlich vorteilhafte Ehegattensplitting könnte beispielsweise zu einem Splitting für Eltern oder Familien ausgebaut werden – unabhängig davon, ob es sich um Ehen oder Lebenspartnerschaften handelt. Eine andere Variante wäre ein „pacte“, wie er in Frankreich üblich ist: Lebenspartner werden dann gemeinsam steuerlich veranlagt, unabhängig davon, ob sie einen Trauschein

haben oder Kinder vorhanden sind. Auch ein Verzicht auf das Ehegattensplitting könnte eine Variante zur steuerlichen Gleichstellung sein.

Die Opposition bleibt skeptisch: „Wir haben schon viele leere Ankündigungen der Koalitionsparteien gehört“, sagt SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Bundestag ist überzeugt: Angesichts der „Zögerer und Zauderer“ in den eigenen Reihen werde Schwarz-Gelb die Gleichberechtigung nicht alleine durchsetzen. Eine Abstimmung im Bundestag müsse freigegeben werden: „Wir bieten ausdrücklich Zusammenarbeit an.“ Jens Spahn (CDU), einer derjenigen, die auf dem letzten CDU-Parteitag für die steuerliche Gleichstellung gestritten hatten, plädiert ebenfalls für eine Freigabe der Abstimmung. CSU und FDP machten jetzt bei den Studiengebühren in Bayern die Erfahrung, „dass eine offene Abstimmung in einer hochpolitischen Frage nicht das Ende einer Koalition sein muss“, sagte Spahn zu unserer Berliner Redaktion. • STICHWORT